

Anliegen von amnesty international bei der 49. Sitzung der
Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen
in Genf, 1.2. - 12.3.1993

Auszug: El Salvador

Bei der letzten Sitzung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen hat der Sonderberichterstatter seinen Abschlußbericht vorgelegt, in dem er das Friedensabkommen von Chapultepec vom 16.1.1992 begrüßte, das von der Regierung und der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí unterzeichnet worden war. Er begrüßte auch die Arbeit, die von der Mission der Vereinten Nationen in El Salvador ONUSAL geleistet wird. Angesichts dieser Entwicklungen beschloß die Kommission in Resolution 1992/62, die ohne Abstimmung angenommen worden war, den Generalsekretär der Vereinten Nationen zu bitten, einen unabhängigen Experten zu ernennen, der der Generalversammlung einen Zwischenbericht und der Kommission bei der nächsten Sitzung einen Abschlußbericht vorlegen soll. Die Resolution legte auch fest, daß die Diskussion über El Salvador bei der nächsten Sitzung unter dem Tagesordnungspunkt (21; Anm.d.Ü.) "Beratende Dienste" stattfinden soll, falls eine wesentliche Verbesserung der Menschenrechtssituation erkennbar sein sollte. (Die Entscheidung hierüber wird unter Tagesordnungspunkt 3 "Festlegung der Tagesordnung" fallen. Anm.d.Ü.)

Die Friedensvereinbarungen zwischen der Regierung und der FMLN sehen eine Umstrukturierung der Streitkräfte (einschließlich der Entlassung von Offizieren, die Menschenrechtsverletzungen begangen haben), eine Beobachtung der Situation vor Ort durch die Vereinten Nationen und die Bildung von Gremien vor, um vergangene und gegenwärtige Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen.

Dennoch ist amnesty international weiterhin in Sorge über die Menschenrechtssituation in El Salvador. Auch wenn es in der Zwischenzeit weder ein Muster des "Verschwindenlassens" nach Verhaftungen noch systematische Verhaftung und Folterung von politischen Gefangenen mehr gibt, wird weiterhin von schweren Menschenrechtsverletzungen berichtet. 1992 war die Zahl der gewaltsamen Todesfälle höher als 1991. Die Mehrzahl dieser Morde wurden von den Behörden nicht vollständig untersucht und die Verantwortlichen für die Morde wurden nicht vor Gericht gestellt. Auch wenn ein Teil der Morde von gewöhnlichen Straftätern verübt wurde, scheinen einige von ihnen aber außergerichtliche Hinrichtungen durch Regierungskräfte gewesen zu sein. Andere tragen die Kennzeichen von Morden durch sogenannte "Todesschwadronen", die in der Vergangenheit hunderte von Menschenleben forderten. Unter den Opfern waren Gewerkschafter und Mitglieder von Kooperativen. Darüberhinaus haben während des ganzen Jahres 1992 Führer der FMLN, Gewerkschafter, Journalisten und andere Personengruppen zahlreiche Todesdrohungen von geheimen Gruppierungen erhalten. Auch ONUSAL ist bedroht worden. Geheime Gruppierungen haben Presseerklärungen veröffentlicht, in denen ONUSAL als "Pest" bezeichnet und gefordert wurde, daß die Mitarbeiter das Land verlassen. Diejenigen, die das Friedensabkommen unterstützen, müßten die Konsequenzen tragen.

Auch von der Anwendung von Folter wurde weiterhin berichtet, wenn

es auch so aussieht, als ob sie nicht mehr so weit verbreitet angewandt wird wie in früheren Jahren. Die meisten der Vorwürfe über Folter und Mißhandlung betrafen nicht-politische Gefangene. Zwei Gefangene starben im Mai und im Juni 1992 im Gewahrsam der Stadtpolizei von Soyapango, wahrscheinlich in Folge von heftigen Schlägen.

amnesty international erkennt den Aufbau von Mechanismen zur Untersuchung von vergangenen und gegenwärtigen Menschenrechtsübergriffen, die Auflösung und Umstrukturierung von Einheiten innerhalb der Streitkräfte, die früher mit Menschenrechtsübergriffen in Verbindung gebracht wurden, und andere Reformen, die dazu bestimmt sind, die Einhaltung der Menschenrechte zu verbessern, als wichtige Schritte für die Zukunft an. Diese Maßnahmen haben bisher jedoch weder zu einer Beendigung von schweren Übergriffen noch dazu geführt, daß die Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden. Angesichts der gegenwärtigen politischen Instabilität im Land und bevor nicht institutionelle Garantien für den Schutz der Menschenrechte fester aufgebaut sind, hofft amnesty international, daß die Kommission ihre Begutachtung der Menschenrechtssituation in El Salvador weiterhin unter Tagesordnungspunkt 12 (Ländersituationen: Verletzung der Menschenrechte und Grundfreiheiten; Anm.d.Ü.) aufrechterhalten wird.

Übersetzung: amnesty international
El Salvador-Koordinationsgruppe
Postfach 1124
7400 Tübingen 1

Verbindlich ist das englische Original:
"Amnesty International's concerns at the 49th session of the United Nations Commission on Human Rights", AI-Index: IOR 41/10/92, November 1992, S.10f

Anmerkung der Übersetzer:

Unter Tagesordnungspunkt 12 werden im wesentlichen Ländersituationen begutachtet, in denen besonders schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen begangen werden. Für viele dieser Länder hat die Menschenrechtskommission Sonderbeauftragte ernannt, die ihre Berichte vorlegen, wie z.B. für El Salvador der Unabhängige Experte. Die Diskussion über El Salvador unter Tagesordnungspunkt 21 würde bedeuten, daß die Menschenrechtskommission die Situation für nicht mehr besorgniserregend einschätzt.